

# Der grosse Badge-Basar

## Lobbyisten bekommen nur über Beziehungen Zutritt zum Bundeshaus

Die Vergabe von Gästeausweisen an Lobbyisten ist umstritten. Doch bisher sind sämtliche Versuche, am System etwas zu ändern, gescheitert.

Ronny Nicolussi

Das persönliche Gespräch ist laut einer Studie der Universität Bern die wichtigste Methode für erfolgreiches legislatives Lobbying. Für Interessenvertreter, die auf die Schweizer Politik Einfluss nehmen wollen, ist der permanente Zutritt zum Bundeshaus daher essenziell. Ein Grossteil der Lobbyisten verschafft sich diesen durch einen Gästeausweis. Jeder der 246 Parlamentarier kann bis zu zwei Personen einen solchen Ausweis vergeben. Wem ein Parlamentarier auf diese Weise unbeschränkten Zutritt verschafft, ist öffentlich einsehbar; ebenso die Funktion, die der Ausweisinhaber deklariert hat. Seine Interessenbindungen muss ein Gast indes nicht angeben.

Noch intransparenter ist die Vergabe von Tagesausweisen. Alle Parlamentarier können zusätzlich zu den Gästeausweisen pro Sessionstag zwei Personen Zutritt zum Bundeshaus verschaffen, die nicht einmal ihre Funktion angeben müssen. Durchschnittlich gelangen damit laut Angaben der Parlamentsdienste täglich 150 bis 160 weitere Personen in die Vorzimmer der Räte.

Über eine starke Lobby verfügen auch die Kantone und die Bundesverwaltung. Jedem Generalsekretariat eines Departements und der Bundeskanzlei stehen zehn permanente Zutrittsausweise zu. Damit können bis zu 80 Bundesangestellte bei den Parlamentariern für ihre Geschäfte weibeln. Die Interessen der Kantone vertreten neben den Parlamentariern, die dafür gewählt wurden, über 40 Lobbyisten. Jeder Kanton kann einen Lobbyisten und jede kantonale Regierungskonferenz zwei Interessenvertreter ins Parlamentsgebäude entsenden.

Lobbyisten sind auch unter ehemaligen Parlamentariern zu finden. Sie erhalten, wenn sie es beantragen, auf Lebzeiten einen Zutrittsausweis. Laut den Parlamentsdiensten sind derzeit rund 400 entsprechende Badges im Umlauf. Bis auf ein paar wenige Ausnahmen träten ehemalige Ratsmitglieder aber kaum in Erscheinung, heisst es.

Die grosse Anzahl an Lobbyisten, die sich im Bundeshaus tummeln, und die mangelnde Transparenz über ihre wahren Interessen sorgen unter Parlamentariern seit Jahren für Unmut. Edith Graf-Litscher (sp., Thurgau) forderte bereits im September 2009, dass sich Lobbyisten akkreditieren und

ihre Mandate offenlegen müssen. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats stimmte dem Vorstoss zu, die ständerätliche Schwesterkommission lehnte ihn ab. Die Kommissionmehrheit befürchtete, dass durch den Systemwechsel die Zahl der Lobbyisten weiter ansteigen könnte. Schliesslich einigte man sich darauf, die Listen der Zutrittsberechtigten im Internet aufzuschalten, worauf Graf-Litscher im März 2011 ihre parlamentarische Initiative zurückzog.

Graf-Litschers Anliegen wurde in der Folge in ähnlichem oder radikalerem Wortlaut von Lukas Reimann (svp., St. Gallen), Didier Berberat (Neuenburg, sp.), Thomas Minder (Schaffhausen, parteilos) und Andrea Caroni (fdp., Appenzell Ausserrhoden) aufgegriffen. Alle scheiterten jedoch entweder im Plenum oder in der Kommission des Ständerats. Einzig Caronis Vorschlag ist noch hängig. Er liegt derzeit bei der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats. Unterstützt wird seine Initiative auch von der Schweizerischen Public-Affairs-Gesellschaft, dem Verband der Lobbyisten, der sich seit Jahren bemüht, das Ansehen seiner Mitglieder aus dem Zwielficht zu holen.